

## SPD nimmt Anleihen bei Habermas & Co

Das Dilemma der bundesdeutschen Oppositionsparteien: sie sind für den Euro und seine Rettung, genauso wie die Regierungsparteien.

Von Marie Ringel

Die nächste Bundestagswahl rückt näher. Die Oppositionsparteien haben ein Problem. Es lässt sich nicht vermeiden, dass der Euro und die Euro-Rettungen zum zentralen Thema des Wahlkampfes werden. Bisher haben sie mit der Regierungskoalition immer für die Rettungen gestimmt. Sie haben der Regierung sogar dort die Mehrheit verschafft, wo sie von den eigenen Parteien (CDU, CSU und FDP) keine Mehrheit bekommen hat. Verzweifelt versucht sich insbesondere die SPD für den Wahlkampf zu profilieren.

Ihr Vorsitzender, Siegmund Gabriel, konnte mit seinen bisherigen Versuchen nicht überzeugen. Seine Bankenschele ist zwar populär, aber keine Alternative, weil sie in ähnlicher Weise auch aus Regierungskreisen und den Koalitionsparteien kommt. Seit seinem Versuch, die Vorteile Deutschlands aus dem Euro in einer konkreten Zahl zu benennen (575 Mrd. Euro<sup>1</sup>), weiß ganz Deutschland um seine intellektuellen und fachlichen Defizite. Zu gern würde er aber Kanzlerkandidat der SPD. Deshalb nahm er einen neuen Anlauf, um bei seinen Genossen Punkte für Kandidatenkür zu sammeln. Er bat Jürgen Habermas für das SPD-Regierungsprogramm um markante Aussagen zur Euro-Thematik. Und Habermas, der sich selbst gern in der Rolle eines bundesdeutschen Philosophen wähnt, fand gleich zwei wackere Helfer, die ihn dabei unterstützen wollten: Julian Nida-Rümelin, der auch gerne als Philosoph firmiert und Peter Bofinger, den die Gewerkschaften in den Sachverständigenrat gehievt haben. Dessen Mitglieder rechtfertigen aber immer weniger den Titel der Institution, weil sie sie nicht mehr nach dem Kriterium des Sachverständigen, sondern nach ihrem politischen Selbstbekenntnis nominiert werden. Das Elaborat mit den Erkenntnissen dieser drei „BRD-Geistesgrößen“ veröffentlichte die FAZ<sup>2</sup> Wir nehmen seine wesentlichen Aussagen genauer „unter die Lupe“.

Sie beginnen mit der Aussage „Die Euro-Krise spiegelt das Versagen einer perspektivlosen Politik“

Sie meinen aber, dass der **Verlauf** der Euro-Krise das Versagen widerspiegelt, denn wenn die Euro-Krise selbst das Versagen widerspiegeln würde, dann hätte die Euro-Krise in der Politik – die den Euro als politisches Projekt wollte – ihre Ursache. Und genau das wollen die drei Herren nicht wahr haben, wie sie später ausführen, denn sie arbeiten eine (angebliche) Alternative zur Euro-Rettung heraus!

Als nächstes stellt die Troika fest, dass ein „*Austritt Griechenlands aus dem Euro, mit unkalkulierbaren Kettenreaktionen für die übrigen Mitgliedsländer verbunden wäre*“. Wie lächerlich diese Behauptung ist, ergibt ein Vergleich des griechischen BIP (Bruttoinlandsproduktes) mit dem BIP aller übrigen Euro-Länder. Das griechische BIP betrug im Jahr 2011 gerade einmal 2,5 Prozent des BIP aller Euro-Länder<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> Seine Rechnung: 663 Mrd. Euro (Summe Exportüberschüsse) – 87 Mrd. Euro (Nettozahlungen) = 575 Mrd. Euro. Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.07.2012 Seite 12.

<sup>2</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.08.2012 Seite 33.

<sup>3</sup> Quelle: EuroStat, [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama\\_gdp\\_k&lang=de](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_gdp_k&lang=de).

Dann kommen die Ratgeber auf die Verschärfung der Krise zu sprechen. Ihrer Meinung nach liegt die Ursache darin, „*dass die Krisenbewältigungsstrategien nicht über die Schwelle einer Vertiefung der Europäischen Institutionen hinausgegangen sind*“. Damit sprechen sie auch schon die Lösung der Euro-Krise an, die ihnen vorschwebt: Sie fordern einen „*großen Integrationsschritt*“, darin sehen sie gleichzeitig die Möglichkeit, die Banken und Hedgefonds im Euro-Raum wieder politisch unter Kuratel stellen zu können.

Das ist sicherlich ein Herzensanliegen jeder sozialistischen Denkweise, das auch bei den „kleinen Leuten“ auf Verständnis stoßen wird und somit als populistisch zu bezeichnen ist, was die Herren dieser Denkart bei politisch anders denkenden Menschen stets vertuefeln. Betrachten wir die Argumentation aber von der Sache her, so muss man feststellen, dass zwei wesensverschiedene Vorhaben vermengt werden: Man ist geneigt, das erste Vorhaben (Vertiefung der Integration) zu akzeptieren, wenn man das zweite (verstärkte Kontrolle der Finanzindustrie) für notwendig hält. Doch das ist noch lange nicht das Schlimmste. Es wird die Illusion erzeugt, dass man Banken und Hedgefonds der ganzen globalisierten Welt dadurch unter Kontrolle bekäme, wenn man in dem „integrierten Euroraum“ (ganz gleich, wie diese Integration konkret ausschauen wird) diese rigorose Kontrolle verwirklicht. Doch es gibt da noch die Interessen der großen Finanzmächte USA und Großbritannien, die das gar nicht wollen. Und die haben sich bisher jeglicher Integration entzogen und werden es auch in Zukunft tun. Somit hat das zweite Argument – so gut es klingt – keinerlei Chance, realisiert zu werden.

Somit kommt es einzig und allein darauf an, wie sich drei „Wissenschaftler“ im Dienste der SPD den *großen Integrationsschritt* vorstellen und welchen Rat sie ihrem Auftraggeber geben, ihn in die Tat umzusetzen?

Diese konkreten Vorstellungen, und wie sie im Lichte kritischer Analyse zu beurteilen sind, erfahren Sie in den nächsten Tagen auf dieser Weltnetz-Seite.